

Christoph Zöpel

»Der Westen« und Russland

EU-Strategie auf der Basis gemeinsamer wertegebundener Interessen

Dieser Beitrag wurde am 25. Juli 2014 abgeschlossen, wäre er einige Tage zuvor verfasst worden, hätte es den Flugzeugabschuss in der Ukraine noch nicht gegeben. Mit neuen Ereignissen kann sich die Analyse der Politik Russlands also ändern, ihre grundlegende Bewertung sollte sich aber an dauerhaften Werten orientieren, an universalen Menschenrechten und am Frieden in einem integrierten Europa.

Wie ist der Stand? Die von Putin verfolgte eurasische Zollunion richtet sich als Druckmittel gegen die GUS-Staaten, die Nichtunterzeichnung des EU-Vertrags durch die Ukraine gegen die europäische Integration. Die Annexion der Krim widerspricht den in Europa seit dem Ende der Sowjetunion gehegten Auffassungen vom Völkerrecht, sie verletzt das Abkommen der Ukraine von 1994 mit Russland und den USA über die Anerkennung ihrer territorialen Integrität. Die kriegerische Gewalt der Separatisten, von Russland unterstützt, widerspricht den Prinzipien zur Lösung zwischenstaatlicher und innerstaatlich-multiethnischer Konflikte in Europa; die Behinderungen der OSZE dokumentieren das. Die Gefährdung vieler Zivilisten zerstört die Grundregeln europäischen Zusammenlebens, der Flugzeugabschuss und dann die Behinderung seiner internationalen Aufklärung setzen das fort, die Betroffenheit Malaysias hat die Bewertung Russlands über Europa hinaus globalisiert.

Auf der anderen Seite waren die Demonstrationen gegen Janukowitsch Ausdruck eines Engagements für Menschenrechte und den europäischen Gedanken. Sie bargen aber die Gefahr, durch Einmischung von außen und nationalistische Kräfte missbraucht zu werden. Zudem zeigten fehlgeschlagene Vermittlungen euro-

päischer Außenminister die Handlungsschwäche der EU. Mit der Abwahl Janukowitschs waren zudem mangelnde Einsichten in die Multiethnizität der Ukraine verbunden. Und bei den wenig koordinierten Sanktionen der USA und der EU gegen Russland fehlen die Exit-Strategien.

Die Ereignisse werden in Deutschland von einer Diskussion um das Verhältnis zu Russland und zum »Westen« begleitet, um die Notwendigkeit der »Westbindung« gestützt auf »westliche Werte«, verbunden mit Vorwürfen des »Antiamerikanismus« und Kritik an »Russlandverstehern«. Zumindest plakativ entbehrt die Diskussion der aufgeklärten historischen und faktenorientierten Analyse. Diese erfordert eine Bestandsaufnahme der deutschen Außenpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg, der politischen Praxis westlicher Mächte nach Herausbildung des »normativen Projekts des Westens« (Heinrich-August Winkler), und damit verbunden der westlichen Politik gegenüber Russland nach dem Ende der Sowjetunion.

Für die Außenpolitik der Bundesrepublik seit ihrer Gründung galt, was Willy Brandt so formulierte: »Frieden ist nicht alles, aber alles ist nichts ohne Frieden«. Die Westbindung in die NATO war friedenssichernd unumgänglich, die Europäische Integration ging über die Friedenssicherung hinaus. Was nicht gelang, war die Verbesserung der Menschenrechte in Ostdeutschland, die erst durch die Ostpolitik Brandts erreicht wurde. In der derzeitigen Diskussion wird diese Ostpolitik als fragwürdig angesehen. Viel größer kann eine Missinterpretation nicht sein. Brandt verhandelte mit einer Großmacht, die universale Werte nicht teilte, um erfolgreich Frieden zu sichern und Menschenrechte

zur Geltung zu bringen. Diese Ostpolitik ging über in die KSZE. So gelang die Ausbreitung universaler Werte nach »Osten«.

Zur Begründung der Westbindung gehören die »gemeinsamen westlichen Werte«, das »Projekt des Westens«, mit unveräußerlichen Menschenrechten, der Herrschaft des Rechts, einer repräsentativen Demokratie sowie Gewaltenteilung als Kernbestand. Das könnte universal gelten, nur ist es unstrittig, dass die »politische Praxis« dem Projekt von Anfang an nicht entsprach. Sklaverei, Ausrottung Indigener in Nordamerika, Kolonialismus, Verweigerung der Gleichberechtigung von Frauen, Ausbeutung der Arbeiter sind unbestreitbare Fakten. Der Stolz des Westens ist, dass diese Praxis immer wieder und vielleicht fortschreitend überwunden wurde, Menschen außerhalb sich selbst für westlich erklärender Staaten muss das nicht immer überzeugen. Aktuell ist es fragwürdig, den gegenwärtigen Stand sexueller Toleranz, der auch in Deutschland vor 40 Jahren unvorstellbar war und es in Teilen der USA noch ist, zum Maßstab geteilter Werte zu machen. Nach beiden Weltkriegen versuchten Präsidenten der USA die Menschenrechte und damit verbunden den Frieden zu universalisieren; Wilson scheiterte mit dem Völkerbund im Kongress. F. D. Roosevelt gelang die großartigste Formulierung universaler Menschenrechte mit seinen vier Freiheiten. Freiheit der Rede und Freiheit des Glaubens entsprechen dem Projekt des Westens, hinzukamen Freiheit von Not – er setzte sie auch innenpolitisch mit dem *New Deal* durch – und Freiheit von Furcht, er verband so Freiheitsrechte mit Frieden. Die Politik der USA aber wurde den Freiheiten von Not und von Furcht international nur selten gerecht. Im Zusammenhang des Zweiten Weltkriegs widersprachen ihnen die militärisch sinnlosen Flächenbombardements, die Hinnahme der Vertreibung von zwölf Millionen Menschen und der sowjetischen Okkupation Osteuropas. Bald nach Weltkriegsende sahen die USA ihren

unipolaren Weltmachtanspruch scheitern, als auch die Sowjetunion atomwaffenfähig wurde, der Ost-West Konflikt brach aus. Das Containment der USA war mit der NATO militärisch; ihre Mitglieder brauchten westliche Werte nicht zu praktizieren. Während des Konflikts waren der Vietnamkrieg sinn- wie erfolglos und die Stützung von Militärdiktaturen in Lateinamerika menschenrechtswidrig. Die USA fanden kaum Wege den Konflikt zu überwinden, das gelang erst nach Erfolgen der Ostpolitik Brandts. Später war die Invasion im Irak schädlich für die Wertegemeinschaft und aktuell zeigt die NSA-Spionage in Europa weitere Werteverletzungen.

Erfolgreicher als die des Völkerbundes war die Gründung der UN, aber ihre Effizienz ist durch nationalpolitische Strategien der USA begrenzt, am deutlichsten durch die Sonderrolle der Internationalen Finanzinstitutionen.

Menschenrechte als westlich zu deklarieren ist fragwürdig. Es entuniversalisiert sie und macht verfehlte Praxis lebendig. Aufbegehren in aller Welt zeigt, dass überall Menschen Roosevelts Freiheiten wollen. Die Bürger in Europa und in den USA dürfen glücklich sein, sie realisiert zu erfahren. Es ist geistesgeschichtlich unzulänglich, wenn nicht auch Kants »Ewiger Friede« und als dessen Grundlage die Föderation freier Staaten dazukommen; Roosevelt und Brandt haben das versucht. Es macht sie undurchsetzbar, wenn sie kulturhistorisch begründet werden. Der Bezug zum Monotheismus ist globalpolitisch nicht aufrecht zu erhalten, Hans Küngs Weltethos ist weiter. Ein Dauergegensatz zwischen katholisch-protestantischem und orthodoxem Christentum verhindert europäische Integration. Zwar lässt sich so erklären, wieso Putins Russland nicht westlich ist, aber die Frage muss beantwortet werden, ob »westliche« und damit universale Werte, in der Ostukraine, wie in Rumänien und Bulgarien, überhaupt durchgesetzt werden können.

Ökonomische Ineffizienz auch wegen menschenrechtlicher Beschränkungen veranlasste Gorbatschow zu Glasnost und Perestroika. Friedenspolitisch leistete er Beiträge zur Abrüstung, zur Aufgabe des Warschauer Pakts und zur Vereinigung Deutschlands. Eine Stabilisierung universaler Werte in Russland wäre möglich gewesen, aber schon 1990 konstatierte J. K. Galbraith, dass der Westen auf den Zusammenbruch des Kommunismus »mit Ideologie statt mit Hilfe« reagierte.

Die am Kapitalismus orientierten Ratschläge hatten zwei dauerhafte Folgen, die Verarmung weiter Schichten der Bevölkerung und eine unregulierte Privatisierung, die zur Oligopolbildung führen musste. Jeffrey Sachs, 1992/93 Berater des russischen Ministerpräsidenten, resümierte 2014: Der Übergang Russlands zu einer Marktwirtschaft bedurfte rascher finanzieller Hilfe von den USA, Europa und dem IWF. Der Westen stellte die benötigte Finanzhilfe nicht zur Verfügung. Rückblickend ist klar, dass es eine bewusste Strategie der Neokonservativen in den USA zur Schwächung des neuen russischen Staates gab.

Die Deklaration der universalen Werte für ganz Europa erfolgte 1990 in der Charta von Paris. Unterzeichner waren auch die Sowjetunion und Jugoslawien, die bald darauf nicht mehr existierten. Ihre Auflösung und die Bildung neuer Staaten waren mit kriegerischen Auseinandersetzungen verbunden, in der Sowjetunion in Moldau, Georgien und zwischen Armenien und Aserbeidschan, in Jugoslawien in allen sieben neu entstehenden Staaten. Ein Sezessionskrieg fand um den Kosovo statt, die internationale Anerkennung erfolgte nach internationalen Verhandlungen, worin der wesentliche Unterschied zur Separation der Krim liegt.

Gorbatschows Entspannungs- und Abrüstungspolitik und die Auflösung der Sowjetunion haben die Weltmachtstellung Russlands beendet. Seine Aufnahme in globalpolitische Verantwortung wie die G8 ver-

lief halbherzig, die Verträge mit der NATO und der EU wurden nicht mit Relevanz gefüllt. Zweimal – 1997 und 2008/09 – wurde seine ökonomische Entwicklung durch Krisen zurückgeworfen, die im von den USA dominierten Finanzsystem entstanden waren. Auch darauf folgte die Hinwendung Russlands zum Nationalismus. Sie muss aber dem Nationalismus in Europa und in den USA gegenüber gestellt werden. Auch in Europa steht er im Zusammenhang mit der globalen Finanzkrise 2008/09: Wenn ein internationales Finanzsystem nicht in der Lage ist, Freiheit von Not zu sichern, dient in der Krise Nationalismus der politischen Legitimierung. Dieser ist mit Ausgrenzung verbunden, Antieuropäer in Frankreich und Großbritannien praktizieren ihn gegen Migrant*innen, Russland nutzt ihn zu Konflikten mit den nach der Auflösung der Sowjetunion entstandenen Staaten, die die Interessen russischer Minderheiten nicht ausreichend beachten. Sui generis ist der Nationalismus der USA. Clintons »unverzichtbare Nation«, Obamas Glaube an den »Ausnahmeharakter der USA« mögen auch in Deutschland als unumgänglich angesehen werden, wenn dieser imperiale Schutzschild gesucht wird. Sie können aber auch als aggressiv abgelehnt werden, wenn, wie in Russland, dieser Schutz nicht gesucht wird.

Noch ist Europa ökonomisch und militärisch stark. Die EU erstellt mit 18,5 Billionen US-Dollar 24 % des Weltsozialprodukts, vor den USA mit 17,6 und China mit 10,0 Billionen, Russland erstellt 2,1 Billionen oder 2,7 %. Die Verteilung der globalen Militärausgaben – laut International Institute for Strategic Studies (IISS) 1.558 Milliarden US-Dollar – zeigt die Fragwürdigkeit von Forderungen nach deren Steigerung in Europa. Die USA investieren 600 Milliarden (38,5 %), China 112 (7,2 %), Russland 68 Milliarden (4,4 %). Die EU gibt 254 Milliarden aus (16 %), mehr also als Russland und China zusammen. Auch

*Ende einer
Weltmacht*

die Zahl der Soldaten der EU übertrifft die Russlands (1.559.000 zu 845.000); zählt man die 1.492.000 der USA hinzu, übertrifft die Gemeinschaft USA/EU auch China mit 2.333.000. Diese Überlegenheit des »Westens« ist wohl eher ein Anreiz für Russland und auch China die Ausgaben zu erhöhen als ein Grund, sie in der EU zu steigern.

Bedroht sind Europa und Russland am ehesten durch organisierten, menschenrechtsfeindlichen islamistischen Terror, aus ihrer direkten Nachbarschaft, ihre Territorien infiltrierend. Dazu sollten gemeinsame Strategien entwickelt und mit China und Indien abgestimmt werden.

Die universalistische Friedens- und Werteordnung der Charta von Paris ist eingestürzt und muss wiederhergestellt werden. Zwischenstaatliche und Minderheiten-

probleme in Europa dürfen nur durch Verhandlungen gelöst werden. Der institutionelle Rahmen dazu kann die OSZE bleiben. Ein konstruktives

Verhältnis zwischen der EU und Russland gehört dazu, die Mitgliedschaft kann nicht ausgeschlossen werden. Das Problem für eine solche Politik ist die Verwechslung von derzeitiger Krisenlage mit ihren Zielen. Eine Neuauflage der Ostpolitik ist erforderlich, weil Russland derzeit – wie bis Ende der 80er Jahre die Sowjetunion – die universalen Werte und damit zwischenstaatlichen Frieden nicht mitträgt. Generell ist die sicherheitspolitische Voraussetzung der Ostpolitik der 70er Jahre bestehen geblieben: Sie war nur im Rahmen der NATO möglich und diese hat Bestand. Sie kann heute die territoriale Integrität ihrer osteuropäischen Mitglieder konventionell schützen, und im Ernstfall muss sie es.

Diese Feststellung klingt kriegerisch, sie kann nicht im Interesse osteuropäischer

Mitglieder und Russlands liegen. Dessen internationale Politik zeitigt Ungleichzeitigkeiten. Großmachtpolitik bei anachronistischem Nationalismus, Teilnahme am globalen Finanzkapitalismus und der globalen Energiepolitik, bei der global die Kooperation mit China notwendiger ist als die mit der EU. Zwischen dieser Vergangenheitsorientierung und entsprechender Gegenwartswahrnehmung werden globale Veränderungen übersehen. Die Gefährdung funktionierender globaler Staatlichkeit kann nicht beherrschbare terroristische Aktionen zur Folge haben. Im Irak ist das offenkundig, wer in der östlichen Ukraine bestimmt, was geschieht, ist nicht sicher. Die Politik der EU und damit Deutschlands sollte klar stellen, wie die Grundregeln europäischen Zusammenlebens auch mit Russland lauten und dass sie einzuhalten alternativloses gemeinsames Interesse ist. Das internationale Prestige des russischen Staates wie die Interessen von Unternehmen in ganz Europa hängen davon ab. Unter dieser Prämisse gewinnen Sanktionen, die konditionierte Exit-Strategien haben, ihre europäische Bedeutung. Waffenlieferungen sollten beendet werden – verbunden mit europäischen Rüstungsverminderungsabkommen. Energielieferungen werden nicht abgenommen, bis es dazu europäische Abkommen gibt. Konten werden gesperrt, wenn nicht gefahrlos gereist werden kann. Mit Russland auf der Basis verletzter, aber gemeinsamer wertegebundener Interessen zu verhandeln, sollte die EU-Strategie sein. In der russischen Gesellschaft, vor allem im ökonomischen Privatsektor könnte sie Partner finden, wenn der populistische Nationalismus als ökonomisch schädlich erkennbar wird. In Russland selbst ist Regime-Change die Möglichkeit.

Eine Neuauflage der Ostpolitik ist erforderlich



Christoph Zöpel

Staatsminister a.D., war u.a. von 1978 bis 1990 Minister in NRW und von 2003 bis 2007 Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen. U.a. Autor von: *Politik mit 9 Milliarden Menschen in Einer Weltgesellschaft.*

christoph.zoepel@t-online.de